

Nummer 36/2012, 23. November 2012

OPU Wochenspiegel



Editorial

Sehr geehrte User unserer Website, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Im Amtsblatt zur Wiener Zeitung vom 17. November 2012 findet sich eine höchst interessante Ausschreibung des BMUKK. Zu vergeben sind zwei DirektorInnen-Posten in einer „selbstständigen Einrichtung des BMUKK“¹. Nur böse Zungen behaupten, dass sich der Begriff „selbstständig“ darauf bezieht, dass nämliche Institution selbst ständig nach mehr Mitteln aus dem Budget ruft - und auch erhält. Letzteres ist der sichere Hinweis darauf, dass es sich um keine Schule handeln kann. Denn SchulleiterInnen wird zwar auch „Selbstständigkeit“ unter dem Deckmäntelchen der „Autonomie“ vorgegaukelt, doch entpuppt sich selbige in der Praxis als autonome Verwaltung eines ständig wachsenden Mangels.

Insider wissen ohnehin längst, um welches Institut es sich handelt. Das „Bundesinstitut für Bildungsforschung, Innovation und Entwicklung des österreichischen Schulwesens“, besser bekannt als BIFIE, soll eine neue Führung bekommen. Die Ausschreibung datiert vom 13. November 2012, wurde also exakt zehn Tage nach Veröffentlichung des vernichtenden Rechnungshofberichts zum BIFIE² erstellt. In seiner Analyse wirft der Rechnungshof der vom BMUKK eingesetzten BIFIE-Führung unter anderem „schwach ausgeprägte kaufmännische Kompetenz“ vor und erkennt ein Einsparungspotenzial in Millionenhöhe. Auch über die Gagen der BIFIE-Direktoren zeigt sich der Rechnungshof wenig „amused“, liegen sie doch deutlich über denen der höchsten BeamtInnen des BMUKK.

Ein Blick in die Wiener Zeitung offenbart, dass jedenfalls dieser Teil der Rechnungshofkritik BM Schmied nicht einmal ein müdes Lächeln entlockte: Neuerlich winken stolze 150.000 Euro Jahresgage den zukünftigen BIFIE-DirektorInnen. Bezüge ähnlicher Höhe sind für Mitglieder der Bundesregierung vorgesehen.

Wenn Rechnungshofberichte derart ungeniert in der ministeriellen Rundablage landen, ist Einsparungspotenzial erwiesen: entweder im BMUKK mit seiner Außenstelle BIFIE oder aber beim Rechnungshof, dessen Berichte „nicht einmal ignoriert“ werden. An den „nachgeordneten Dienststellen“, sprich Schulen, haben wir genug Möglichkeiten, die frei werdenden Ressourcen zu verwenden - und sei es für den Ankauf von WC-Papier.

Mit herzlichen Grüßen

Mag. Gerhard Riegler
Vorsitzender der ÖPU

¹ Wiener Zeitung vom 17. 11. 2012

² Rechnungshof (Hrsg.), Bundesinstitut für Bildungsforschung, Innovation und Entwicklung des österreichischen Schulwesens (BIFIE) (3. November 2012), Seite 188

Die Woche im Medienspiegel der



Bildungspolitik braucht Qualität:

„Wir werden zukünftige Lehrergenerationen nicht auf dem Altar von Budgetnotwendigkeiten opfern. Denn Bildungspolitik ist nicht eine Frage der Beliebigkeit, sondern der Qualität und Nachhaltigkeit.“

Paul Kimberger, Vorsitzender der ARGE Lehrer, Kurier online am 10. November 2012

Die Gedankenwelt schulfremder „ExpertInnen“:

„Das Misstrauen, dass ein Lehrer, der sich nur 25 Stunden in der Schule aufhält, 15 Stunden mehr Freizeit hat als ein 40-Stunden-Hackler, diese Gedanken können nur Fachleute vom Schlage Salcher, Androsch, Schilcher (und natürlich auch Schmied) haben.“

Mag. Franz Karl, Leserbrief an Die Presse vom 29. Oktober 2012

Die Leiden der chronischen Verlierer:

„Viele Schüler rutschen aus Frustration über die erlittene ‚Zurücksetzung‘, die sie als Niederlage empfinden, in die Verhaltensauffälligkeit. Viele Disziplinverstöße, über die die Gesamtschulen klagen, haben ihre Ursache in dem Gefühl der leistungsschwachen Schüler, ständig zu den ‚Verlierern‘ zu zählen.“

Rainer Werner, Die Welt ONLINE am 7. Oktober 2012

Südtirol erreicht auch bei PISA nicht einmal den Mittelwert:

„Südtirol ist unterdurchschnittlich. Man versucht, ein veraltetes Modell der Gesamtschule einzuführen und mit dem PISA-Schmäh zu punkten.“

Mag. Dr. Karl Digruber, Vorsitzender der AHS-Gewerkschaft, Tiroler Tageszeitung vom 23. Oktober 2012

Die Rechnung für die Lüge kommt zuletzt:

„Es bringt nichts, im Namen sozialer Gerechtigkeit die formalen Anforderungen für den Besuch höherer Schulformen immer weiter abzusenken. Es bringt auch nichts, eine hohe Gymnasialquote als politisches Ziel auszurufen. Wer so handelt, erspart zwar Eltern und Grundschulern zunächst die Enttäuschung, es nicht aufs Gymnasium geschafft zu haben. Doch die Schmach kommt später, und sie fällt umso grausamer aus.“

Der Spiegel ONLINE am 30. Oktober 2012

„Riesige Mogelpackung“:

„Was derzeit an vielen Orten unter dem Vorwand, das Schulsystem kindgerechter und zugleich zukunftsfähiger zu gestalten, an Veränderungen durchgesetzt wird, ist eine riesige Mogelpackung. Tatsächlich sollen nach den Vorgaben falscher Theorien und unter dem Diktat der Finanzmärkte und milliardenschwerer Investoren die staatlichen Schulen massiv an Niveau verlieren und die Türen für eine weitere Privatisierung der Schulen geöffnet werden.“
Zeit-Fragen vom 5. November 2012

„Wesentlicher Platz im differenzierten Schulsystem“:

„Die Langform der AHS nimmt als Schule der Zehn- bis 18-Jährigen einen wesentlichen Platz im differenzierten Schulsystem ein. Bei der Entscheidung für die Schullaufbahn soll das Kind, mit all seinen Talenten, Neigungen und Begabungen, in den Mittelpunkt gestellt werden.“
HR Hermann Helm, LSR-Präsident Niederösterreichs, Niederösterreichische Nachrichten vom 5. November 2012

Diese und viele weitere Zitate auf www.oepu.at